

II- 277 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
 XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 21. Jan. 1972 No. 178/J

A n f r a g e

der Abgeordneten REGENSBURGER, STAUDINGER, H. HAUER, Huber  
 und Genossen  
 an den Bundesminister für soziale Verwaltung  
 betreffend die Novellierung des Kriegsopferversorgungsgesetzes

Der Tiroler Kriegsopferverband hat auf seinem 13. Landeskongreß  
 am 23. Oktober 1971 eine EntschlieÙung gefaÙt, in der es u. a.  
 heiÙt:

" Die Delegierten zum 13. Landeskongreß des TKOV .....  
 ... stellen fest, daÙ aus den vorgesehenen Leistungsverbesserungen  
 des Entwurfes der gegenwärtig in Begutachtung stehenden 17. Novelle  
 zum KOVG. erkennbar ist, daÙ die Bundesregierung bereit ist,  
 weitere wesentliche Forderungen des Reformprogrammes 1964 zu er-  
 füllen;

sind trotzdem zutiefst enttäuscht, daÙ der derzeitig in Begut-  
 achtung stehende Gesetzentwurf keinerlei Vorsorge zur Anhebung und  
 Vereinheitlichung der Witwengrundrenten trifft;

fordern mit Nachdruck die Erhöhung und Vereinheitlichung der Grund-  
 renten aller Kriegerwitwen noch mit dieser Novelle; dieses sozial-  
 politisch äußerst bedeutende Anliegen ist durch eine Ergänzung des  
 Gesetzentwurfes zumindest teilweise dahingehend zu erfüllen, daÙ  
 die Witwengrundrenten in der 2. und 3. Etappe um monatlich mindestens  
 S 30,-- und in einer neu aufzunehmenden 4. Etappe um monatlich  
 mindestens S 100,-- angehoben werden;

weisen daraufhin, daÙ auch nach Verabschiedung der vorgesehenen  
 17. Novelle zum KOVG noch wesentliche Forderungen aus dem Reform-  
 programm 1964 offen bleiben; vor allem wird mit dieser die Her-  
 stellung der annähernden Verhältnismäßigkeit der Grundrenten der  
 Beschädigten zur Grundrente des erwerbsunfähig Beschädigten noch  
 nicht erreicht;

sind weiters der Auffassung, daß die Steuerefreibeträge für Kriegsbeschädigte keineswegs zu befriedigen vermögen; diese waren seit dem Jahre 1949 in ihren Ansätzen erstarrt und haben durch die Einkommensteuergesetznovelle 1970 (BGBl. Nr. 370/70) lediglich eine geringfügige Anhebung erfahren; verlangen neuerlich, daß nunmehr nach mehr als 25 Jahren nach Ende des 2. Weltkrieges der Staat seiner den Kriegsoptionen gegenüber bestehenden Verpflichtung voll nachkommt und ihre Versorgung im Sinne einer echten Entschädigung sicherstellt;...."

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung die

A n f r a g e :

Sind Sie, Herr Minister, bereit, die Wünsche des Tiroler Kriegsoptionerverbandes zu erfüllen?